

Rede von Anette Henssler (Attac Berlin) und Stephan Lindner
(Koordinierungskreis Attac Deutschland) am 19.11.2022 auf dem
Pariser Platz anlässlich des Aktionstags *Stoppt das Töten in der
Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung!*

Wir kommen gerade von der russischen Botschaft. Dort haben wir für ein Ende des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine protestiert.

Jetzt protestieren wir hier gegen das 100 Mrd. Euro Aufrüstungspaket.

Wir lehnen das 100 Mrd. Rüstungspaket ab.

Wir lehnen die jährlichen Ausgaben von 2% des Bruttoinlandsprodukts für den Rüstungsetat ab.

Deutschland hätte damit den dritt- oder viert-größten Militäretat der Welt.

Diese Rüstungsvorhaben waren schon seit Jahren geplant und haben nichts mit dem Krieg in der Ukraine zu tun. Der Ukrainekrieg wurde zum Vorwand genommen, um dieses Vorhaben durchzusetzen.

Dazu gehört die Anschaffung von Nuklearbomben aus den USA. Sie sind Teil des Modernisierungsprogramms der Atomwaffen in Büchel, die unter der Kommandogewalt der USA stehen.

Wir fordern den Ausstieg aus der sog. "nuklearen Teilhabe" und keine Modernisierung der Bomberflotte.

Die sich zuspitzende Rivalität imperialistischer Mächte führt zu einer Instabilität im geopolitischen Ränkespiel und erhöht die Gefahr für eine Entgrenzung des Krieges - auch mit Nuklearwaffen.

Deutschland hat bereits durch die Beteiligung an NATO – Kriegen in Jugoslawien und Afghanistan Schuld auf sich geladen. In Afghanistan hat sich die NATO 20 Jahre auf korrupte Regierungen aus Warlords gestützt. Das desaströse Ergebnis wurde nie angemessen aufgearbeitet. Angemessene Konsequenzen für die Zukunft wurden nie gezogen.

Bei der Verurteilung von Kriegsverbrechen darf es keine Doppelstandards geben. So wie wir auch vor der russischen Botschaft gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine protestiert

haben, fordern wir auch die völkerrechtswidrigen Kriege und Kriegsverbrechen auf Seiten der NATO zu verurteilen.

Auch im Westen müssen Kriegsverbrechen verfolgt werden.

Der völkerrechtswidrige Einsatz von Kampfdrohnen hat vielen u.a. afghanischen und pakistanischen Zivilisten – auch vielen Kindern - das Leben gekostet.

Wir fordern die Freilassung von Julian Assange. Sein Verdienst ist es, viele dieser Kriegsverbrechen aufgedeckt zu haben.

Deutschland muss sicherer Hafen für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer werden.

Viele Kriege wurden um fossile Rohstoffe geführt oder durch Gewinne aus fossilen Rohstoffen finanziert.

Auch die neuen Lieferanten wie Katar, Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate sind für Kriege verantwortlich.

Wir fordern deshalb: Konsequenter schneller Ausstieg aus fossilen Energien. Stattdessen müssen wir Energie einsparen und auf erneuerbare Energien umsteigen. So können wir diesen Kriegen den Brennstoff zu entziehen.

Statt einer Spitzenposition bei Rüstung und Rüstungsexporten fordern wir für Deutschland eine Spitzenposition im Klimaschutz ein.